

Einzelpreis 40 Mark.

In Pola ohne Aufstellung wöchentlich 250 Mt. und monatlich 1000 Mt., mit Aufstellung im Haus wöchentlich 300 Mt., u. monatlich 1200 Mt. durch die Post bezogen monatlich in Polen 1200 Mt. Ausland 2400 Mt. — Anzeigenpreise: Die 7-spaltige Nonpareilzeile 60 Mt., 6-spaltige 50 Mt., 5-spaltige 40 Mt., 4-spaltige 30 Mt., 3-spaltige 20 Mt., 2-spaltige 10 Mt., 1-spaltige 5 Mt. für den ersten Tag, für den zweiten Tag die Hälfte, für den dritten Tag die Hälfte, für den vierten Tag die Hälfte, für den fünften Tag die Hälfte, für den sechsten Tag die Hälfte, für den siebten Tag die Hälfte, für den achten Tag die Hälfte, für den neunten Tag die Hälfte, für den zehnten Tag die Hälfte, für den elften Tag die Hälfte, für den zwölften Tag die Hälfte, für den dreizehnten Tag die Hälfte, für den vierzehnten Tag die Hälfte, für den fünfzehnten Tag die Hälfte, für den sechzehnten Tag die Hälfte, für den siebenzehnten Tag die Hälfte, für den achtzehnten Tag die Hälfte, für den neunzehnten Tag die Hälfte, für den zwanzigsten Tag die Hälfte, für den einundzwanzigsten Tag die Hälfte, für den zweiundzwanzigsten Tag die Hälfte, für den dreiundzwanzigsten Tag die Hälfte, für den vierundzwanzigsten Tag die Hälfte, für den fünfundzwanzigsten Tag die Hälfte, für den sechsundzwanzigsten Tag die Hälfte, für den siebenundzwanzigsten Tag die Hälfte, für den achtundzwanzigsten Tag die Hälfte, für den neunundzwanzigsten Tag die Hälfte, für den dreißigsten Tag die Hälfte, für den einunddreißigsten Tag die Hälfte, für den zweiunddreißigsten Tag die Hälfte, für den dreiunddreißigsten Tag die Hälfte, für den vierunddreißigsten Tag die Hälfte, für den fünfunddreißigsten Tag die Hälfte, für den sechsunddreißigsten Tag die Hälfte, für den siebenunddreißigsten Tag die Hälfte, für den achtunddreißigsten Tag die Hälfte, für den neununddreißigsten Tag die Hälfte, für den vierzigsten Tag die Hälfte, für den einundvierzigsten Tag die Hälfte, für den zweiundvierzigsten Tag die Hälfte, für den dreiundvierzigsten Tag die Hälfte, für den vierundvierzigsten Tag die Hälfte, für den fünfundvierzigsten Tag die Hälfte, für den sechsundvierzigsten Tag die Hälfte, für den siebenundvierzigsten Tag die Hälfte, für den achtundvierzigsten Tag die Hälfte, für den neunundvierzigsten Tag die Hälfte, für den fünfzigsten Tag die Hälfte, für den einundfünfzigsten Tag die Hälfte, für den zweiundfünfzigsten Tag die Hälfte, für den dreiundfünfzigsten Tag die Hälfte, für den vierundfünfzigsten Tag die Hälfte, für den fünfundfünfzigsten Tag die Hälfte, für den sechsundfünfzigsten Tag die Hälfte, für den siebenundfünfzigsten Tag die Hälfte, für den achtundfünfzigsten Tag die Hälfte, für den neunundfünfzigsten Tag die Hälfte, für den sechzigsten Tag die Hälfte, für den einundsechzigsten Tag die Hälfte, für den zweiundsechzigsten Tag die Hälfte, für den dreiundsechzigsten Tag die Hälfte, für den vierundsechzigsten Tag die Hälfte, für den fünfundsechzigsten Tag die Hälfte, für den sechsundsechzigsten Tag die Hälfte, für den siebenundsechzigsten Tag die Hälfte, für den achtundsechzigsten Tag die Hälfte, für den neunundsechzigsten Tag die Hälfte, für den siebenzigsten Tag die Hälfte, für den einundsiebzigsten Tag die Hälfte, für den zweiundsiebzigsten Tag die Hälfte, für den dreiundsiebzigsten Tag die Hälfte, für den vierundsiebzigsten Tag die Hälfte, für den fünfundsiebzigsten Tag die Hälfte, für den sechsundsiebzigsten Tag die Hälfte, für den siebenundsiebzigsten Tag die Hälfte, für den achtundsiebzigsten Tag die Hälfte, für den neunundsiebzigsten Tag die Hälfte, für den achtzigsten Tag die Hälfte, für den einundachtzigsten Tag die Hälfte, für den zweiundachtzigsten Tag die Hälfte, für den dreiundachtzigsten Tag die Hälfte, für den vierundachtzigsten Tag die Hälfte, für den fünfundachtzigsten Tag die Hälfte, für den sechsundachtzigsten Tag die Hälfte, für den siebenundachtzigsten Tag die Hälfte, für den achtundachtzigsten Tag die Hälfte, für den neunundachtzigsten Tag die Hälfte, für den neunzigsten Tag die Hälfte, für den einundneunzigsten Tag die Hälfte, für den zweiundneunzigsten Tag die Hälfte, für den dreiundneunzigsten Tag die Hälfte, für den vierundneunzigsten Tag die Hälfte, für den fünfundneunzigsten Tag die Hälfte, für den sechsundneunzigsten Tag die Hälfte, für den siebenundneunzigsten Tag die Hälfte, für den achtundneunzigsten Tag die Hälfte, für den neunundneunzigsten Tag die Hälfte, für den hundertsten Tag die Hälfte, für den einundhundertsten Tag die Hälfte, für den zweiundhundertsten Tag die Hälfte, für den dreiundhundertsten Tag die Hälfte, für den vierundhundertsten Tag die Hälfte, für den fünfundhundertsten Tag die Hälfte, für den sechsundhundertsten Tag die Hälfte, für den siebenundhundertsten Tag die Hälfte, für den achtundhundertsten Tag die Hälfte, für den neunundhundertsten Tag die Hälfte, für den tausendsten Tag die Hälfte.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Ercheint mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage täglich früh.
Schriftleitung und Geschäftsstelle
Betrifauer Straße 86, 333 686
Bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt
Arbeitsniederlegung oder Auslieferung hat der
Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der
Heftung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Eigene Vertretungen in:
Alexandria, Bagdad, Chelms, Kattsch, Kolo
Konstantinow, Lwow, Lublanc, Rypin,
Sobowice, Tomaszow, Zurek, Wloclawek
Zimolka-Wola, Zgierz u.m.

Ar. 146

Sonabend, den 24. Juni 1922

5. Jahrgang

Rußland und die Haager Konferenz.

Anfangs der nunmehr in Haag beginnenden Verhandlungen mit den Vertretern der Sowjetunion ist es zeitgemäß und von besonderer Wichtigkeit, etwas Genaueres über die Verhältnisse und Bedingungen zu erfahren, unter denen Sowjetrußland in diese Verhandlungen eintritt. Georges Popoff, der als Beichtersatter des „Revaler Boten“ in Moskau weilte, gibt darüber aus eigener Anschauung Aufschlüsse, die wir nachstehend gekürzt wiedergeben.

Die Schriftleitung.

Es ist sicher ein bemerkenswerter Zeitabschnitt, den Rußland heute durchläuft. Angesichts der kommenden Dinge, die gegenwärtig im Stadium des Heranreifens zu sein scheinen, muß diesen wenigen Wochen nach der Genfer Konferenz eine besondere Bedeutung beigemessen werden. Genua hat nicht erfüllt, denn die Erwartungen waren nicht übertrieben. Doch heute liegen die Dinge anders. Der Mythos ist durchbrochen und Rußland beginnt „europäischer“ zu denken. Man sieht sich dem Westen näher, nicht mehr hat über der Drang nach Europa merklich nachgelassen. Vielleicht reifen die Pläne. Man hat einen Blick ins Tal der europäischen Mäler geworfen und ist vor einem Horizont hell und hell. Es hat sich dann die Ueberzeugung herausgebildet, daß der Segen, der sich von hier aus auf Rußland erstrecken sollte, nur verhältnismäßig gering und jedenfalls nicht von unmittelbarer Wirkung sein könnte. Eine Ansicht, die man hier oft auszusprechen hört: die Befürchtung der innerpolitischen und wirtschaftlichen Sorgen Rußlands läßt wohl in nicht unbedeutendem Maße vom Auslande ab, aber diese Abhängigkeit wird oft überschätzt. Die eigentliche Gesundung, jedenfalls für Anfang, mußte sich von innen organisieren herausbilden.

Sind hierfür Anzeichen vorhanden? Die neue Wirtschaftspolitik ist jedenfalls nur in sehr bedingtem Sinne ein Symptom der Gesundung, denn alles was die Energie ist, ist nichts anderes als ein Fruchtbild.

Wollte man in Rußland eine Schilderung der gegenwärtigen sehr normierten wirtschaftlichen Lage geben, wie sie sich den Diktatoren darstellt, so müßte in erster Linie gesagt werden, daß die sogenannte Wirtschaftspolitik, trotz Lenins „Genua“, fürwahr weiterdrängt, aber man könnte es so sagen: die Regierung erklärt keine unmittelbaren Schritte mehr, aber die vor Monats- und Jahresfrist verkündeten Reformen werden nunmehr so verwirklicht, daß sie jedem praktisch fühlbar werden. Und das Leben verlangt seinen Teil. Daselbst ist auch von den Beziehungen Rußlands zur Handelswelt des Auslandes. Es ist erhellend, in welcher Rolle Vertreter der verschiedenen ausländischen Firmen hier wirken und wie die neuen, oft unvollständigen Gründungen täglich aus der Erde zu stehen scheinen.

Die Entwicklung der inneren und äußeren Handels wird aber durch den Protektionismus des Staates aufs äußerste gehemmt. Das Außenhandelsministerium macht nach wie vor einen Handel mit Rußland im größeren Umfange fast unmöglich. Und der Oberste Wirtschaftsrat hemmt im Innern die Entwicklung der freien Märkte.

Schon hieraus mag zu ersehen sein, daß die heutige russische Wirtschaft selbst für manche Kenner des Landes und der Verhältnisse ein Rätsel mit vielen Siegeln darstellt. Die sonderbare Kolonialwirtschaft dieser schweren Jahre ist jedoch die russische Finanzwirtschaft. Trotz des Milliardenverlustes der letzten Monate, als man bereits jeden Maß für die Höhe der Zahlen verloren zu haben schien, ist plötzlich etwas wie eine Verbesserung der Währung eingetreten. Die unmittelbare Ursache ist im teilweisen Einströmen weiterer Emissionen von Papiergeld zu suchen. Die Maßnahmen, zu denen die Regierung zwecks Stabilisierung der Währung greift, könnten fast brutal genannt werden. Dabei überall der stärkste Geldmangel. Die Börsen können nicht geöffnet werden. Die größten Unternehmungen und Trusts sind oft nicht in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Zahlreiche Institutionen müssen aus Geldmangel geschlossen werden.

Dieser Geldmangel, ebenso wie die gleichzeitige völlige Entwertung der Zahlungsmittel, im Verein mit dem allgemeinen Rohstoffmangel, erschwert den Wiederaufbau unglaublich, macht ihn fast unmöglich. Ja, denn hier und da wird den noch aufreht.

In manchen Kreisen ist der Optimismus durch den Umstand gestiegen, daß eine überaus günstige Witterung die Ernteaussichten zurzeit als optimistisch erscheinen läßt. Aus allen Teilen des Reiches kommen Nachrichten von erntebereiten Getreide. Jedenfalls könnte dieser Umstand eine gewisse Besserung auf die Stimmung der Sowjetdelegierten in Haag haben. Eine gute Ernte wäre für die Russen ein bedeutender wirtschaftlicher Vorteil und sie werden ihn auszunutzen suchen.

Denkt man an das Verhalten der Sowjetregierung während der Genfer Konferenz und wünscht man eine Erklärung für ihre scheinbare Gleichgültigkeit dem Ausgang dieser Verhandlungen gegenüber zu finden, so gibt hierüber Lenins Rede, die er auf dem 11. Kongreß der Kommunistischen Partei, kurz vor der Konferenz, gehalten hat, einen gewissen Aufschluß.

In seiner Rede betont Lenin in zahlreichen Variationen nur den einen Gedanken: die heutige russische Regierung hat noch keinen Zusammenstoß mit der Bauernschaft, mit 80 Proz. der Bevölkerung, erreichen können. Dieser Zusammenstoß ist nur möglich, indem die kommunistische Regierung es fertig bringt, dem Bauern Ware gegen sein Getreide zu liefern. Um dieses zu erzielen, bellarte man die neue Wirtschaftspolitik. Es war der einzige Ausweg. Doch nun erwies es sich, daß der Kapitalist, der Kaufmann, der Händler die Versorgung des Bauern in seine Hände zu nehmen und den Staat, den Kommunisten zu verdrängen begann. „Kommunisten, werbet Kaufleute, besser und billiger als es der Händler tut.“ Dieses ist die Devise des Tages, und Lenin hat nicht unrecht, wenn er sagt, daß vom Ausgange dieses Wettstreites zwischen dem privaten Kapitalismus und dem staatlichen (kommunistischen) Kapitalismus letzten Endes das Schicksal des Sowjetregimes entschieden werden wird.

Ueber das Verhalten der Russen in Genua und über ihre vorläufige Position im Haag gibt die Deutung eine gewisse Aufklärung. Einerseits zwingt die dringende Notwendigkeit, dem Bauern Ware gegen sein Getreide zu geben, die Sowjetregierung zu teilweisem Nachgeben, weil Fertigfabrikate oder Rohstoffe in größeren Mengen nur aus dem Auslande, nur im Falle bedeutender Kreditgewährungen, zu erlangen sind. Andererseits aber ist die Befürchtung, daß der Kapitalist, raumtlich der ausländische, dieses Werk der Versorgung durch irgend welche Schritte, doch dem Kommunisten aus der Hand nehmen könnte, größer als alles andere. Man würde eher den Versuch einer Versorgung des Landes vernachlässigen, als die bisherigen Maßnahmen fortzuführen, d. h. auf eine langsame, schließlich unvermeidliche Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen des Auslandes zu Rußland warten, dafür aber die Kontrolle hierüber in ungenügender Schärfe weiter ausüben. Und diese Erwägungen schienen in den letzten Wochen gestärkt zu haben. Deshalb das verhältnismäßig geringe Entgegenkommen in Genua. Es kommen noch andere innerpolitische Momente hinzu. In der Summe ergeben sie alle eine gewisse Scheu vor einer allzu einschneidenden Wiederaufnahme der Beziehungen zum kapitalistischen Westen. Man hat es hiermit in Moskau nicht eilig.

Was nun die weitere Entwicklung der Dinge in Rußland, unabhängig von den zu erwartenden Haager Beschlüssen, andeutet, so hat ebenfalls Lenin in seiner letzten Rede hierüber einigen Aufschluß gegeben. Er sagte: „Der Erfolg der wiederaufbauenden Arbeit in Rußland hängt von drei Bedingungen ab — erstens, daß keine Intervention stattfindet; zweitens, daß die Finanzkrise sich nicht gar zu sehr verschärft, und drittens, daß die kommunistische Regierung keine politischen Fehler begeht.“ Die Möglichkeiten neuer Interventionen sind heute gänzlich geschwunden. Die Finanzkrise? Die letzten Jahre haben bewiesen, daß alle Berechnungen der Nationalökonomien in diesen Fragen fehlerhaft sind. Der finanzielle Zusammenbruch ist in Rußland schon längst eine vollzogene Tatsache und die Maschine läuft trotzdem weiter. Als dritte Bedingung nannte Lenin die „politischen Fehler“, vor denen er seine Parteifreunde warnte. Hat er hierbei auch an die Möglichkeit „wirtschaftlicher Fehler“ gedacht? Wirtschaft und Politik ist im heutigen Rußland oft ein und dasselbe. Er hat erklärt, daß das Sein oder Nichtsein der Sowjetmacht von dem wirtschaftlichen Können oder Vertragen der kommunistischen Partei abhängt. Er hat das Wort vom „kommunistischen Kaufmann“ geprägt. Dies ist nicht hierin schon an und für sich ein Zugschluß, ein „politischer Fehler“? Im eigenen Lande hat man nach so vielen Experimenten der letzten Jahre noch mit diesem letzten Versuch eines „kommunistischen Handels“ begonnen. Erst in den letzten Monaten bewußt und in vollem Tempo. Die Resultate dieses Wagnisses treten noch nicht deutlich genug zutage.

Zweifelslos muß dem Ausgang der Haager Konferenz, auch von dieser Seite aus betrachtet, mit Spannung entgegengesehen werden. Europa sollte sich aber nicht irgühigen Hoffnungen hingeben. Haag mag das russische Prestige nach um einen Schritt weiterbringen, aber danach an einen unmittelbar bevorstehenden Handel mit Rußland, im europäischen Sinne des Wortes, zu denken, wäre überflüssig. Die wirtschaftliche Zerrüttung Rußlands und die innerpolitischen Erwägungen der Sowjetregierung müssen hierbei zweifellos als Hindernisse betrachtet werden.

Die Entwicklung der inneren und äußeren Handels wird aber durch den Protektionismus des Staates aufs äußerste gehemmt. Das Außenhandelsministerium macht nach wie vor einen Handel mit Rußland im größeren Umfange fast unmöglich. Und der Oberste Wirtschaftsrat hemmt im Innern die Entwicklung der freien Märkte.

Schon hieraus mag zu ersehen sein, daß die heutige russische Wirtschaft selbst für manche Kenner des Landes und der Verhältnisse ein Rätsel mit vielen Siegeln darstellt. Die sonderbare Kolonialwirtschaft dieser schweren Jahre ist jedoch die russische Finanzwirtschaft. Trotz des Milliardenverlustes der letzten Monate, als man bereits jeden Maß für die Höhe der Zahlen verloren zu haben schien, ist plötzlich etwas wie eine Verbesserung der Währung eingetreten. Die unmittelbare Ursache ist im teilweisen Einströmen weiterer Emissionen von Papiergeld zu suchen. Die Maßnahmen, zu denen die Regierung zwecks Stabilisierung der Währung greift, könnten fast brutal genannt werden. Dabei überall der stärkste Geldmangel. Die Börsen können nicht geöffnet werden. Die größten Unternehmungen und Trusts sind oft nicht in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Zahlreiche Institutionen müssen aus Geldmangel geschlossen werden.

Dieser Geldmangel, ebenso wie die gleichzeitige völlige Entwertung der Zahlungsmittel, im Verein mit dem allgemeinen Rohstoffmangel, erschwert den Wiederaufbau unglaublich, macht ihn fast unmöglich. Ja, denn hier und da wird den noch aufreht.

Was nun die weitere Entwicklung der Dinge in Rußland, unabhängig von den zu erwartenden Haager Beschlüssen, andeutet, so hat ebenfalls Lenin in seiner letzten Rede hierüber einigen Aufschluß gegeben. Er sagte: „Der Erfolg der wiederaufbauenden Arbeit in Rußland hängt von drei Bedingungen ab — erstens, daß keine Intervention stattfindet; zweitens, daß die Finanzkrise sich nicht gar zu sehr verschärft, und drittens, daß die kommunistische Regierung keine politischen Fehler begeht.“ Die Möglichkeiten neuer Interventionen sind heute gänzlich geschwunden. Die Finanzkrise? Die letzten Jahre haben bewiesen, daß alle Berechnungen der Nationalökonomien in diesen Fragen fehlerhaft sind. Der finanzielle Zusammenbruch ist in Rußland schon längst eine vollzogene Tatsache und die Maschine läuft trotzdem weiter. Als dritte Bedingung nannte Lenin die „politischen Fehler“, vor denen er seine Parteifreunde warnte. Hat er hierbei auch an die Möglichkeit „wirtschaftlicher Fehler“ gedacht? Wirtschaft und Politik ist im heutigen Rußland oft ein und dasselbe. Er hat erklärt, daß das Sein oder Nichtsein der Sowjetmacht von dem wirtschaftlichen Können oder Vertragen der kommunistischen Partei abhängt. Er hat das Wort vom „kommunistischen Kaufmann“ geprägt. Dies ist nicht hierin schon an und für sich ein Zugschluß, ein „politischer Fehler“? Im eigenen Lande hat man nach so vielen Experimenten der letzten Jahre noch mit diesem letzten Versuch eines „kommunistischen Handels“ begonnen. Erst in den letzten Monaten bewußt und in vollem Tempo. Die Resultate dieses Wagnisses treten noch nicht deutlich genug zutage.

Zweifelslos muß dem Ausgang der Haager Konferenz, auch von dieser Seite aus betrachtet, mit Spannung entgegengesehen werden. Europa sollte sich aber nicht irgühigen Hoffnungen hingeben. Haag mag das russische Prestige nach um einen Schritt weiterbringen, aber danach an einen unmittelbar bevorstehenden Handel mit Rußland, im europäischen Sinne des Wortes, zu denken, wäre überflüssig. Die wirtschaftliche Zerrüttung Rußlands und die innerpolitischen Erwägungen der Sowjetregierung müssen hierbei zweifellos als Hindernisse betrachtet werden.

Die Sowjetdelegation für den Haag.

Haag, 21. Juni. (T. U.) Heute ist aus Moskau eine Depesche eingelaufen, worin die Namen der Teilnehmer Klimow, Krasinski, Krasinski, Krasinski und Solonikow genannt sind.

Die amerikanische Anleihe für Polen zurückgehalten.

Eine Folge der Kabinettstrenge.

Warschau, 22. Juni. Die amtlichen Kreise erhielten die Nachricht, daß die Bankengruppe, die eine Anleihe für Polen von 40 Millionen Dollar versprochen hat und gestern ihre Delegierten nach Warschau senden wollte, ihre Delegierten zurückgehalten hat, da sie die Anleihe vom Verbleiben des Ministers Skirmunt abhängig mache und daher die Lösung der Krise abwarten will.

Polnisch-skandinavische Handelsvertrags-Verhandlungen.

Warschau, 22. Juni. (T. U.) Der norwegisch-polnische Handelsvertrag, in den auch die freie Stadt Danzig eingeschlossen ist, wird nunmehr nach 10 monatigen Verhandlungen nach Rückkehr des norwegischen Gesandten Eiden nach Warschau unterzeichnet werden. Die Vorbesprechungen über einen Handelsvertrag zwischen Polen und Dänemark werden demnächst beginnen. Die polnisch-schwedischen Handelsvertrags-Verhandlungen sind in vollem Gange. Man plant den Austausch von Petroleum, ober-schlesischer Kohle und polnischem Salz gegen schwedische Erze über den Danziger Hafen.

Polnisch-tschechische Sanitätskonvention.

Warschau, 22. Juni. (T. U.) Gestern ist hier eine tschechisch-polnische Sanitätskonferenz zusammengetreten, die von dem polnischen Gesundheitsminister Dr. Chodzko

eröffnet wurde, der dem Völkerbund für seine erfolgreiche anti-epidemische Tätigkeit dankte. Die tschechoslowakische Delegation wird durch ihren Warschauer Gesandten Maxa und die Delegierten des Prager Gesundheitsministeriums Dr. Hrdlicka und Dr. Chaloupka vertreten. Die Verhandlungen sollen zu einer tschechisch-polnischen Sanitätskonvention führen.

Die russische Abrüstungsnote.

Polnisch-baltischer Meinungs-austausch.
Warschau, 22. Juni. (T. U.) Zwischen Polen, Lettland und Estland haben Verhandlungen begonnen, die einen Gedankenaustausch über die letzte sowjetrussische Abrüstungsnote zum Gegenstand haben.

Rußland und die Randstaaten.

Erklärungen des litauischen Gesandten Jannius.
Haag, 22. Juni. Der Sonderberichterstatter der Union hatte eine Unterredung mit dem Delegierten Litauens Jannius, der litauischer Gesandter in Riga ist und der alle Konferenzen zwischen Rußland und den Randstaaten mitgemacht hat. Jannius erklärte, daß zwischen Rußland und den Randstaaten der Frieden wieder hergestellt sei und daß er sich über die politischen Beziehungen nicht aussprechen wolle. Er erklärte aber, daß die Wiederherstellung des Friedens mit Rußland auch auf wirtschaftlichem Gebiet wichtige Folgen gehabt habe und daß Rußland das mitgeführte Eisenbahnmateriale aus dem Friedensvertrage jetzt zum größten Teil zurückgegeben habe. Die Schwierigkeiten für die Randstaatenpolitik liegen aber in Polen. Solange Polen seine heutige Politik nicht ändere, sei keine Zusammenarbeit möglich.

Die Tagung der Verfassungsgebenden Synode der evangelisch-lutherischen Kirche in Polen.

Bericht unseres nach Warschau entsandten Sonderberichterstatters.

Der unparteiische Bursche.

(Fortsetzung des Berichts vom 1. Sitzungstage.)

Synodaler Machleid: Ich danke Ihnen vom ganzen Herzen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Ausstellung meiner Kandidatur entgegengebracht haben. Ich nehme an, daß Sie es in der Ueberzeugung getan haben, daß ich die Synode unparteiisch leiten werde. Ich kann jedoch die Kandidatur nicht annehmen, da ich seit 13 Jahren nicht mehr Pastor bin und daher in allen kirchlichen Fragen nicht demmaßen unterrichtet bin, wie dies für den Vorsitzenden dieser Synode nötig ist. Ich bin jedoch gern bereit als zweiter Vorsitzender an den Arbeiten teilzunehmen.

Synodaler Ulla: Gerade der Umstand, daß Sie den innerkirchlichen Angelegenheiten in letzter Zeit fernstanden, bietet uns die beste Gewähr für Ihre Unparteilichkeit. Wir bitten Sie die Kandidatur anzunehmen.

General-Superintendent Bursche: Wir werden zuerst über meine Kandidatur abstimmen und dann über die andere.

Synodaler Ulla: Wozu sollen wir zweimal abstimmen? Es ist doch zweckmäßiger über beide Kandidaturen in einer Abstimmung zu entscheiden.

Synodaler Machleid lehnt noch einmal die Kandidatur ab.

Synodaler Major Ulrich macht den Vorschlag Gen.-Sup. Bursche zum Vorsitzenden und Syn. Machleid zum Vizevorsitzenden zu wählen. (Proteste bei den Deutschen.)

Syn. Spickermann schlägt Senior Kulisch-Tesch zum Vorsitzenden vor. Dieser lehnt ab. Gen.-Sup. Bursche: Wir können nicht immer neue Kandidaten aufstellen. Wir müssen nun über meine Kandidatur, da sie die einzige ist, abstimmen.

Von der Lodzer Gruppe wird noch die Kandidatur des Herrn Superintenden Angerstein aufgestellt. Doch Herr Pastor Bursche, der die Wahl leitet, weigert sich noch irgendwelche Kandidaturen anzunehmen, da über seine Kandidatur abgestimmt werden soll.

Pastor Glöb fordert Unterbrechung der Diskussion und Abstimmung über die Kandidatur des Generalsuperintendenten.

Syn. Ulla sieht darin eine Majorisierung der deutschen Gruppe und besteht auf dem Recht eine zweite Kandidatur aufzustellen.

Gen.-Sup. Bursche: Ich unterbreche Sie. Wir schreiten zur Abstimmung. (Die Deutschen erheben dagegen Einspruch. Im Saale entsteht großer Lärm. Die Delegierten verlassen ihre Sitze und sammeln sich in der Mitte des Saales in erregt debattierenden Gruppen.) Gen.-Sup. Bursche (nachdem etwas Ruhe eingetreten war): Wer ist dafür, daß wir zur Wahl schreiten?

Die Abstimmung durch Aufstehen ergibt eine Mehrheit für die sofortige Wahl. Ohne auf die Proteste von Seiten der Deutschen zu achten, beginnt der Wahlleiter, Pastor Bursche, die einzelnen Delegierten zur Abgabe ihrer Stimme über seine Kandidatur an den Tisch zu rufen. Während der Abstimmung stellt sich Pastor Glöb an die Urne, in die die Stimmzettel gelegt werden, und beobachtet die einzelnen Synodalen beim Schreiben. Synodaler Hoffmann Lodz macht ihn auf sein unkorrektes Verhalten aufmerksam, erhält jedoch die barsche Antwort: „Gehen Sie auf Ihren Platz, verstehen Sie.“ „To nie pański interes.“ Dennoch aber bewirkte das Auftreten des Synodalen Hoffmann, daß Pastor Glöb den Schreibenden den Rücken zukehrte.

Die Stimmzählung ergab, wie bereits gemeldet 101 Stimme für Herrn Bursche und 88 Stimmen gegen ihn. Gen.-Sup. Bursche war also mit 13 Stimmen Mehrheit zum Vorsitzenden der Synode gewählt worden.

Zu Vizevorsitzenden wurden die Herren Pastoren Dietrich-Lodz und Kulisch-Tesch sowie die weltlichen Synodalen Machleid-Warschau und Hoffmann-Zgierz einstimmig gewählt. Zu Schriftführern wurden die Pastoren Bier-schenk-Sompolno und Falzmann-Zgierz sowie die Herren Sender-Konstantinow und Koszyk gewählt. Nach der Wahl verliest der Synodale Richard von der deutschen Gruppe eine von 63 Synodalen unterschriebene Erklärung bezüglich der Zusammenfassung der Verfassungsgebenden Synode. Die Erklärung, die von Herrn Richard in treffender Weise begründet wurde, machte auf die Versammelten einen tiefen Eindruck. (Der Wortlaut der Erklärung brachten wir bereits im ersten telephonischen Bericht. (Anmerkung der Schriftleitung.)

Synodaler Ulla—Lodz verliest nachstehenden Protest gegen die Wahl des Vorsitzenden: „Im Namen der Gemeinden und Synodalen, die die Erklärung, die Zusammenfassung der Synode betreffend, unterzeichnet haben, protestieren wir auf das entschiedenste dagegen, daß Herr General-Superintendent Bursche, als interessierte Person, die Wahlen des Vorsitzenden leitete, keine freie Aussprache, auch keine freie Aufstellung der Kandidaten zugelassen hat, sondern die Abstimmung über seine Person anordnete.“

Syn. Schiffer—Bialystok hebt hervor, daß der Wahlvorgang nicht korrekt war.

Gen.-Sup. Bursche antwortet auf die ihm gestellten Vorwürfe. Bezüglich der Zusammenfassung der Synode bemerkt er sich, das Vorgehen des Konsistoriums zu rechtfertigen und verteidigt das von ihm eingebrachte Synodalgesetz Bobek.

2. Verhandlungstag.

Pastor Angerstein betont die lutherische Grundlage der Kirche. Er tritt für die freikirchliche Form der Kirche ein, die er als dem Wesen derselben noch für die entsprechendste hält. Unlutherisch sind in dem vorliegenden Entwurf manche Züge deselben, z. B. der Bischofstitel. Das ist papistischer Sauerleig. Nur das Festhalten an Gottes Wort, wie es in den lutherischen Bekenntnissen sich widerspiegelt, kann als Grundlage dienen.

Pastor Dietrich kritisiert im Warschauer Entwurf die Fakultätsfrage. Nach § 22 des Maderischen Gesetzes hat eine nicht-lutherische Mehrheit das Entscheidungsrecht bei der Berufung der Professoren an die evangelische Fakultät, das sei unannehmbar, weil die Grundlage der Kirche als einer Bekenntnisgrundlage von der Mehrheit der Redner als die allein berechnete angesehen werden kann. — Die entsprechenden Wortlaute der beiden Entwürfe (des Warschauer und des Lodzer) werden einstimmig angenommen.

Es entspannt sich eine Debatte über die Ordnung bei der Abstimmung der Paragraphen. 2 Redner sollen für, 2 gegen sprechen.

3. Verhandlungstag.

Es liegt der erste § der beiden Entwürfe vor. Der Lodzer Entwurf gibt den Gemeinden die Möglichkeit, sich innerhalb von 3 Monaten gegen die Kirchenverfassung zu erklären. Dabei annektiert es nicht mit einem Federstrich die Lutheraner außerhalb Kongress-Polens, wie das der Warschauer tut.

Für den Lodzer Entwurf sprechen Will und Ulla. Dagegen Kulisch und Machlejd. Die polnischen Redner sehen im Lodzer Entwurf eine große Gefahr. Die Kirche könnte zerstückelt werden. Dagegen protestieren die deutschen Redner, indem sie darauf hinweisen, daß der Lodzer Entwurf vom Grundsatz der Gemeindefreiheit ausgeht. Die Gemeinde muß ihr Selbstbestimmungsrecht behalten. Der Warschauer Entwurf wolle aber verschiedene Gemeinden vergewaltigen, z. B. die Lutheraner Posen und Westpreußens, die sich Warschau gar nicht anschließen wollen. Man soll eine Kirchenverfassung annehmen, welche die Gemeinden befriedigt, dann werde man auch mit ruhigem Gemüthe den Lodzer Wortlaut annehmen können. Besonders deutlich wird das vom Redner Ulla—Lodz gezeigt. Während der Ansprache des letzteren ereignet sich ein Zwischenfall.

Zwischenfall.

welcher die Synode 3 Stunden in Anspruch nimmt und die innerhalb derselben herrschenden, scharfen, Gegenfälle zeigt. Synodaler Ulla bemerkt nämlich am Eingang seiner Rede, er habe den Eindruck, Syn. Machlejd habe nicht seine tiefste Ueberzeugung aussprechen können, sondern im Auftrage geredet; Redner wird von der polnischen Seite heftig unterbrochen und am Weiterreden gehindert. Eifrige Pastoren umstellen das Rednerpult. Es entsteht ein wirres Durcheinander. Syn. Ulla, der vom Gen.-Sup. Bursche einen Ordnungsruf erhält, wird am Weiterreden gehindert. Nach langen hitzigen Debatten, während welcher die polnischen Delegierten den Antrag stellen, Ulla zu entfernen, kommt er zur Verlesung einer Entschuldigungsformel, die schließlich angenommen wird.

Unter allgemeiner Spannung schreitet man zur Abstimmung über den 1. Paragraphen. (Die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen umfaßt alle Landeseinwohner evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, die nicht ausdrücklich aus der Kirche ausgetreten sind.) Die polnische Hälfte der Synode mobilisiert durch eindringliche Ansprachen von Machlejd alle ihre Kräfte. Die Abstimmung ist namentlich, die Schlesier stimmen geschlossen für den Warschauer Antrag. Unsere Synodalen sind geteilt; die Pastoren stimmen zum größten Teil für die Warschauer Fassung, während ihre Synodalen laut „Lodz“ sagen. Hier zeigt sich die Kluft, welche zwischen den Gemeinden und ihren Pastoren klappt.

Gast alle Pastoren stimmen gegen ihre Gemeindevorteiler.

Nur wenige stimmen für Lodz, andere enthalten sich der Abstimmung. Mit 102 Stimmen für Warschau, 65 für Lodz, bei 18 Stimmenthaltungen, wird die Warschauer Fassung angenommen. Die polnische Hälfte begrüßt mit Jubel den Sieg, die deutschen verhalten sich reserviert.

6 Uhr nachmittags.

Nach Eröffnung der Sitzung wurde von der Lodzer Gruppe ein Dringlichkeitsantrag

trag eingebracht, der dahin lautete, daß über Art. 35 und 36 des Lodzer Entwurfs beraten und Beschluß gefaßt werden sollte. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach einer Reihe von Reden gegen und für, wurde zu namentlicher Abstimmung der beiden Artikel geschritten.

Mit 106 gegen 75 Stimmen (8 Stimmenthaltungen — Wolynien —) wurden beide Artikel, die die Zusammenfassung der zukünftigen Synode festlegen, in der Fassung des Lodzer Entwurfs angenommen. Es bedeutet dies einen glänzenden Sieg der Lodzer Gruppe.

Die fraglichen §§ haben folgenden Wortlaut:

§ 35.

Die Synode ist die Vertretung der gesamten evang.-luth. Kirche in Polen und der Träger aller ihr zustehenden Rechte. Sie wählt das Konsistorium als ausführendes Organ der Synode, welches die Kirche im Auftrage der Synode auch vertritt.

§ 36.

Die Synode besteht aus folgenden Mitgliedern: 1. Dem Präsidenten und Vizepräsidenten des Konsistoriums. 2. Aus einem Abgeordneten der evangelisch-theologischen Fakultät der Landesuniversität. 3. Aus 30 geistlichen Abgeordneten, die von sämtlichen Pastoren in geheimer schriftlicher Abstimmung nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt werden. 4. Aus 60 weltlichen Abgeordneten, weltlichen Mitgliedern, die durch Urwahlen in allen Kirchengemeinden nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt werden. Diese Wahlen werden nach Diözesen durchgeführt. Jeder Diözese steht das Recht zu, eine Anzahl von Delegierten zu wählen, die der Seelenzahl der Diözese zur Seelenzahl der Gesamtgemeinde entsprechen würde. Die Listen müssen wenigstens 30 Tage vor dem Wahltag unterschrieben von wenigstens 50 wahlberechtigten Gemeindegliedern deren Unterschriften durch die betreffenden Pfarrämter zu beglaubigen sind, dem Konsistorium eingereicht werden. Wahlberechtigt ist jedes Gemeindeglied gemäß § 11 der Verfassung. Wählbar ist jedes Gemeindeglied gemäß § 12 der Verfassung. Vorbereitung und Durchführung der Wahl ist Sache des Konsistoriums. Alle diese Mandate gelten auf 6 Jahre. Scheidet ein Mitglied aus, so tritt der Ersatzmann ein.

4. Verhandlungstag.

Mit Bibelwort und Gebet, gesprochen durch Pastor Schmidt-Pabianice, wurde die Sitzung eröffnet. Nach Verlesung des Protokolls über die gestrige Sitzung, wurde zur Aussprache darüber geschritten. Die polnischen Pastoren versuchten, den gestrigen Beschluß bezüglich Annahme der §§ 35 und 36 des Lodzer Entwurfs umzuwerfen. (Das ist bezeichnend!) Besonders zeichneten sich in diesem Bestreben die Pastoren Gloeh und Michalis aus. Die Aussprache hierüber, die einen sehr scharfen Verlauf nahm, dauerte über zwei Stunden. Weil keine Einigung erzielt werden konnte, schlug General-Superintendent Bursche vor, die

Synode zu vertagen

und zwar bis zum Herbst.

Nach der Mittagspause wurde die Sitzung um 5 Uhr durch den Vorsitzenden eröffnet. Pastor Michalis brachte einen Dringlichkeitsantrag ein, der folgende drei Fragen beantwortet wissen wollte:

1. Soll weiter über die Frage der Fakultät debattiert werden?

2. Soll eine Kommission gewählt werden, die die beiden Entwürfe zu einem verschmelzen soll?

3. Soll die Synode bis zum Herbst vertagt werden?

Pastor Michalis begründete seinen Antrag. Er war für die Unterbrechung der Tagung der Synode, da die Kommission in der Zwischenzeit arbeiten könnte.

Syn. Spickermann widerlegte den Vordränger. Die Synode könne im Herbst der Landarbeiten wegen nicht stattfinden, da dann die Landwirte nicht nach Warschau kommen würden. Er schlägt vor, nach einer ganz kurzen Unterbrechung wieder zusammenzukommen. Redner warnt die Polen, etwas zu tun, was der Sache ein anderes Bild geben könnte. Dann würde der Riß eintreten, den wir fürchten.

Pastor Needra-Wilna mahnt zur Einigkeit und unterstützt den Antrag Spickermann, ist aber gleichzeitig für die Einsetzung einer Kommission, die in der kurzen Zwischenzeit arbeiten soll.

Syn. Ulla—Lodz verlangt Abstimmung darüber. Syn. Major Ullrich-Warschau tritt für den Antrag Michalis ein.

Pastor Michalis bittet, die Deutschen nachzugeben und warnt vor den Folgen, die die Nichtvertagung haben kann.

Zum Wort sind noch 12 Redner vorgemeldet. Sie kamen jedoch nicht zu Wort, da vom Vorsitzenden Bursche eine Pause anberaumt worden war.

Während der Pause bildeten sich Gruppen, die das Für und Wider der Vertagung erörterten.

Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen stellte die deutsche Gruppe den Antrag; die Synode bis zum 4. Juli zu vertagen.

Gen.-Sup. Bursche richtete daraufhin die Frage an die Versammlung, wer am 4. Juli nach Warschau kommen könne. Er selbst müsse (?) leider in Urlaub gehen.

Es erhoben sich die Synodalen der deutschen Gruppe sowie einige Pastoren zum Zeichen ihrer Bereitschaft, am bezeichnenden Tage zu erscheinen.

Angelehnt der Mehrheit für die Wiederaufnahme der Synode am 4. Juli erklärte Herr Bursche:

„Ja, dann meine Herren, müssen Sie die Sache ohne mich machen!“

Litauische Bandeneinfälle in die neutrale Zone.

Warschau, 22. Juni. (Z. U.) Winaer Meldungen zufolge dauert die angreifende Tätigkeit irregulärer litauischer Truppen, die Ende voriger Woche in die sogenannte neutrale Zone eingedrungen waren, an. Nachdem litauische Banden die Dörfer in der Nähe Szyrwintys besaßen hatten, haben Anfang dieser Woche große Abteilungen uniformierter litauischer Truppen die Grenze der neutralen Zone überschritten und Szyrwintys besetzt. Die dortige Bürger-Miliz mußte vor der Ueberzahl weichen. Nach Besetzung Szyrwintys beschossen die Litauer noch weiter mit Artillerie die umliegenden Dörfer.

Die Uebernahme Oberschlesiens.

Räumung der letzten und vierten Zone.

Kattowitz, 23. Juni. (Bat.) Gestern erfolgte die Uebernahme von Königs-Hütte durch die polnischen Behörden.

Kattowitz, 23. Juni. (Bat.) Heute beginnt die Räumung der dritten Zone, zu der polnische Truppen die Kreise Beuthen, Gleiwitz, Ratibor und Lublitz und deutscherseits die Städte und Kreise Rosenberg und Ratibor gehören. Morgen wird polnische Polizei in dieser Zone den Sicherheitsdienst übernehmen. Am Sonntag erfolgt der Namenwechsel und der Abzug der Truppen der Verbündeten. Montag werden hier polnische Truppen einrücken. An diesem Tage erfolgt auch die Räumung der vierten Zone, zu der polnische Truppen der Kreise Bielew und ein Teil des Kreises Hindenburg und deutscherseits Stadt und Kreis Rosel gehören.

Berlin, 22. Juni. (Z. U.) Der deutsch-polnische Amnestievertrag ist gestern abend zwischen dem Gesandten G. Cardy und dem polnischen Botschaftler Seyda abgeschlossen worden. Der Amnestievertrag wird nunmehr die Reichsregierung und gesetzgebenden Körperschaften beschäftigen.

Eröffnungssitzung der Gemischten Kommission.

Kattowitz, 22. Juni. (Bat.) Am heutigen Tage fand im Gebäude der Kattowitzer Wojewodschaft die erste feierliche Eröffnungssitzung der Gemischten Kommission unter Vorsitz Calenders statt. Zugewesen waren Prof. Kneedenbeck, der Vorsitzende des Schiedsgerichts, ferner der polnische Generalkonsul in Oppeln, Keszycski und deutscherseits Winkler Dr. Ewald. Außerdem wohnten bei der Sitzung bei: der Wojewode Rymer, Legationsrat Morawski, Oberbürgermeister von Kattowitz Dr. Gurnik, der Vorsitzende des Landgerichts Dr. Hohenst, der Vorsitzende des Kattowitzer Stadtrats Dr. Reichel, der Sekretär Calenders de Montena sowie einige Stadtverordnete und Vertreter der polnischen und deutschen Presse. Die Sitzung wurde im Rabinett des Wojewoden Rymer abgehalten.

Nach erfolgter Prüfung der Vollmachten durch Dr. Keszycski und Ewald hielt Dr. Keszycski eine Ansprache, wobei er sich der polnischen Sprache bediente. Darauf wandte sich Dr. Ewald mit einer Rede in deutscher Sprache an die Anwesenden. Calender dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und erklärte, dies sei für ihn ein Ansporn zur weiteren eifrigen Arbeit. Nach beendeter Sitzung erteilte Calender Auskünfte über Fragen, die sich auf die Aufgaben und Befugnisse der Gemischten Kommission bezogen.

Die ober-schlesischen Schadenerfahrungen.

Paris, 23. Juni. (Z. U.) Der Völkervertrag liegen neue Anträge aus Warschau und Berlin vor betreffs der Schadenerfahrungen für die ober-schlesischen Aufstände. In dem Bericht aus Berlin werden Milliarden Mark als Schadenssumme genannt, soweit der bei Deutschland verbleibende Teil Oberschlesiens und der deutsche Besitz im abgetrennten Oberschlesien in Frage kommt.

Die Italiener-Morde in Oberschlesien.

Angriffe gegen Polen.

In der gestrigen Ausgabe des „Rozwój“ lesen wir: Die Interalliierte Kommission in Oberschlesien hat verfügt, daß die Entschädigung für die ermordeten und verwundeten italienischen Soldaten von den Bewohnern Oberschlesiens zu bezahlen ist. Die italienische Regierung legte nunmehr der Kommission einen Gesetzentwurf über die Verteilung dieser Entschädigung vor. „Il Paese“, das Blatt, welches die Angelegenheit in der Kommission behandelt, richtet deshalb scharfe Angriffe gegen Polen und schreibt unter anderem, es sei unerhört, daß durch die Schuld Giotitis und Sforzas die Entschädigung von den Bewohnern Oberschlesiens und nicht von Polen bezahlt werden soll, da diese ebenso Opfer der Polen sind wie die ermordeten Italiener. Die polnische Regierung zahle nicht nur nichts für die italienischen Opfer, sondern verleihe den Anführern dieser Räuberbanden noch Dekorationen.

Saison-Ausverkauf

zu ermäßigten Preisen trotz steigender Löhne
A. Tschaff & Co., Lodz,
Petrikauer Straße 100, Teleph. 541.

Unübertraffen

billig sind die Preise bei Schmechel & Rosner, Lodz, Petrikauer 100 u. Filiale 160
Frottéstoffe 750
Gardinen 1430
Batist 1100
2766 Sommer-Kleider 4500, 5500, 11500

Prügeleien in der italienischen Kammer.

Rom, 22. Juni. Gestern kam es in der Kammer zu heftigen Zusammenstößen zwischen der äußersten Rechten und den Sozialisten. Der Sozialist Moggi hatte die Gleichberechtigung der Schwarzen mit den weißen Soldaten nachweisen gesucht. Von der Rechten kamen ironische Zurufe, die zu Schlägereien führten. Beide Parteien gingen mit den Fäusten aufeinander los, warfen sich zu Boden und verprügelten sich furchtbar. Der Präsident schloß sofort die Sitzung, doch dauerte die Prügelei fort, bis sich die Gegner aus Erschöpfung voneinander trennten. Wenn die Schwarzen diese Nachricht lesen, müssen sie darin doch unbedingt eine Befätigung des Ausspruchs von Senz erblicken: „Seht, wir Wilden sind doch bessere Menschen!“

Das Abschlußergebnis der Wahlen im Burgenland.

Wien, 22. Juni. (Z. U.) Naunmehr liegt das Abschlußergebnis der bürgerländischen Wahlen für den Nationalrat und Landtag vor. Von 129 032 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Sozialdemokraten 50 067, auf die Großdeutschen 16 029, auf die bürgerländischen Bürger- und Bauernpartei 933. Zu den Nationalräten entsendet das Burgenland 3 Sozialdemokraten, 3 Christlich-Soziale, einen Großdeutschen und einen Bauernbündler. Der Landtag wird sich aus 13 Sozialdemokraten, 10 Christlich-Sozialen, 6 Bauernbündlern und vier Großdeutschen zusammensetzen.

Ermordung des Feldmarschalls Wilson.

Ein Raubakt der Sinnlosigkeit.
London, 22. Juni. Heute nachmittag wurde Feldmarschall Sir Henry Hughes Wilson von zwei Männern auf seinem Landgute bei London ermordet. Beide Täter wurden festgenommen.

Marschall Wilson, geboren 1864, war während des Krieges einer der hervorragendsten englischen Militärs. Als solcher war er die rechte Hand des britischen Oberkommandierenden Sir Douglas Haig und wurde schließlich zum Chef des britischen Generalstabs ernannt.

London, 22. Juni. Im Unterhause teilte Chamberlain mit, daß zwei bewaffnete Männer in die Wohnung des Marschalls Wilson eingedrungen seien und ihn durch Revolvergeschüsse getötet hätten. Zugleich wurden auch drei Polizeimänner erschossen. Beide Mörder seien verhaftet worden. Diese Mitteilung rief in der Kammer ungeheure Bewegung hervor. Zum Zeichen der Trauer wurde die Sitzung unterbrochen.

Wien, 23. Juni. (Bat.) Die „Neue Freie Presse“ teilt aus London mit, daß die Mörder des Marschalls Wilson zwei junge Irländer seien. Sie wurden noch längerem Kampfe, wobei sie sich mit Revolvern zur Wehr setzten, von der Polizei festgenommen. Einer von ihnen verurteilte Selbstmord zu begehen.

Wilson stand unter polizeilichem Schutze, weil man ein Attentat auf ihn von Seiten der Sinnlosen erwartete. Zur Zeit der Ermordung des Marschalls hielten vor dessen Hause einige Schutzleute Wache. Marschall Wilson ist irischer Abkunft. Er wurde von den Sinnlosen gehaßt, weil er für die irische Regierung den Plan zur Entwaffnung der irischen Partisanenkämpfer ausarbeitete. In der letzten Zeit erklärte er öffentlich, daß er Gegner der Eingangs-politik Lloyd Georges sei. Die Regierung von Ulster wandte sich an ihn mit der Bitte um Ausarbeitung eines Schutzplans für die Grenzen des Ulster-Gebietes. Wilson ging weiter als er aufgefodert war und arbeitete den Vorschlag zu einer rücksichtslosen Entwaffnung der Partisanen aus. Die Ulster-Regierung brachte diesen Plan nur in begrenztem Umfang zur Ausführung. Die Mörder gehören der terroristischen Partei der Sinnlosen an.

Man rechnet damit, daß das irische Kabinett unter der Führung Collins energisch auftreten und die Partisanen entwaffnen werde. Die erste Aufgabe des neuen Parlaments werde die Schaffung eines fäb-irischen Heeres sein.

Der neue Kriegsbeschuldigten-Prozess.

Leipzig, 23. Juni. (Z. U.) Am 28. d. M. beginnt vor dem Zweiten Straßsenat des Reichs-

— Fußballsport. Am vergangenen Sonntag, um 5 Uhr nachmittags, fand auf dem Sportplatz des Giezzer Turnvereins, ein Fußballspiel zwischen der 3. Mannschaft des Sooger Sportvereins, „Saurm“ und der Fußballmannschaft des Giezzer Turnvereins statt. Das Spiel entwickelte sich sehr interessant, denn beide Mannschaften spielten im flotten Tempo. In der ersten Halbzeit erzielte „Saurm“ 1 Tor, in der zweiten Halbzeit änderte sich das Spiel und die Giezzer Mannschaften erzielten 4 Tore, so daß das Spiel mit 4:1 zu gunsten des Giezzer Turnvereins endete.

Meuterei. Ein blutiger Zusammenstoß hat, wie der Berichtstatter des „Tiegel“ meldet, in Begleitung bei Meuterei bei einem Tanzvergnügen zwischen Matrosen und Gendarmen stattgefunden. Nach diesem Bericht wären die Matrosen die Urheber. Die Gendarmen seien gezwungen worden, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Ein Matrose wurde am Unterleib so schwer verwundet, daß er mit dem Leben kämpft. Ein weiterer Matrose wurde am Bein verletzt. Ein Gendarm erhielt einen Hiebverlet.

